

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 • Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht
35 ergeben sich für alle Völker Rechte und Verpflichtungen, wie
36 beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.
- 37 • Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen
38 Volkes und ihr völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungsrecht sind
39 unverhandelbar
- 40 • Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 41 • Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
42 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
43 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

44 Der Terror der Hamas

45 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
46 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
47 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
48 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
49 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
50 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
51 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
52 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

53 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
54 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
55 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
56 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
57 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
58 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
59 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
60 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
61 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

62 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
63 Pogromen bis zur Shoah. Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation
64 verpflichtet uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte.

65 Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und dem
66 Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht
67 und Selbstbestimmungsrecht muss jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht
68 ausgeübt werden.

69 Im politischen Diskurs wird häufig vom „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch
70 wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt etwas
71 aus, das über juristische Kategorien hinausgeht: die Anerkennung, dass Israel

72 als einziger jüdischer Staat das Recht hat zu existieren, und dass diese
73 Existenz nicht verhandelt, relativiert oder in Frage gestellt werden darf. Dass
74 Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
75 angegriffen wurde und bis heute angegriffen wird, macht deutlich, dass das
76 sogenannte Existenzrecht keine politische Floskel ist, sondern eine reale und
77 fortbestehende Notwendigkeit ist. Wenn Israel im politischen Diskurs das
78 "Existenzrecht" abgesprochen wird, impliziert dies, dass das völkerrechtlich
79 verbrieft Recht eines Volkes über sich selbst zu bestimmen zugunsten der
80 Selbstbestimmung eines anderen Volkes zu vernachlässigen ist. In der Realität
81 gilt dieses Recht auf Selbstbestimmung uneingeschränkt für alle Völker. Es ist
82 zu betonen, dass kein anderer Staat der Welt mit der systematischen Aberkennung
83 seines bloßen Daseinsrechts konfrontiert wird. Daher halten wir es für
84 problematisch, wenn im politischen Diskurs das Existenzrecht Israels infrage
85 gestellt wird, mit der Begründung, dass es kein "Recht" auf Existenz eines
86 Staates gibt. Wir bekennen uns zum Recht auf Selbstbestimmung für den
87 israelischen Staat als auch für das palästinensische Volk, denn diese stehen
88 nicht im Widerspruch zueinander.

89 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
90 Pogromen bis zur Shoah.

91 Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948
92 auch mit der Nakba einherging – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von
93 über 700.000 Palästinenser*innen.

94 Das Leid dieser Menschen und die historische wie aktuelle Kontinuität von Gewalt
95 und Diskriminierung sind ebenfalls Teil der Geschichte, die nicht gegeneinander
96 aufgerechnet oder relativiert werden dürfen. Eine gerechte und friedliche Lösung
97 erfordert die Anerkennung der Leiden beider Seiten, ohne den Zivilisationsbruch
98 der Shoah und das historische Trauma der Jüdinnen*Juden zu relativieren.

99 Das Vorgehen der israelischen Regierung

100 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
101 entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner
102 Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem
103 Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als
104 Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine
105 großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem
106 brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-
107 Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
108 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das
109 Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der
110 Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch
111 ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare
112 Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

113 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
114 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen
115 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
116 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
117 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

118 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
119 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
120 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
121 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
122 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
123 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf
124 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
125 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
126 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
127 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
128 vollständig geräumt werden müssen.

129 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

130 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch und anderen
131 Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza hin:
132 systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen
133 Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
134 Verhinderung humanitärer Hilfe. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat
135 wiederholt festgestellt, dass eine reale und unmittelbare Gefahr für die
136 Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht.

137 Als GRÜNE JUGEND Hamburg sehen wir zentrale Kriterien der UN-
138 Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch nicht die Instanz, ein
139 abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt es den IGH. Wir fordern
140 die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und nehmen seine laufenden
141 Verfahren mit größtem Ernst.

142 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
143 unverhandelbar

144 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
145 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
146 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
147 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
148 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
149 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
150 Lebens gehalten.

151 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
152 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
153 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
154 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
155 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
156 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
157 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
158 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

159 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
160 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
161 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar. Internationale Organisationen wie
162 Amnesty International, Human Rights Watch und Medico International dokumentieren
163 überzeugend, dass palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter
164 und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Diese systematischen

165 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
166 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
167 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

168 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

169 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
170 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
171 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
172 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
173 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
174 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

175 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
176 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
177 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
178 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
179 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
180 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
181 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
182 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
183 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
184 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
185 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
186 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
187 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

188 Entschieden gegen Antisemitismus

189 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
190 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
191 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
192 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
193 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
194 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
195 und als Shoaverharmlosung.

196 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
197 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
198 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
199 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
200 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
201 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
202 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

203 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
204 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
205 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
206 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
207 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
208 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
209 universell angewandt werden.

210 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
211 Kritik an Israel als Projektionsfläche für judenfeindliche Ressentiments dient.

212 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
213 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
214 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
215 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
216 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die
217 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht. Unser Ziel ist ein Diskurs,
218 der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
219 Lebens in Frage zu stellen.

220 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
221 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
222 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
223 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
224 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
225 verfolgt und geächtet werden.

226 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
227 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
228 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
229 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

230 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

231 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
232 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
233 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
234 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
235 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
236 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher
237 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
238 beginnt.

239 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

240 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
241 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
242 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
243 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
244 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

245 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
246 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
247 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
248 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
249 ernst genommen werden müssen.

250 Unsere Forderungen

251 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
252 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
253 folgende Forderungen ab:

- 254 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
255 eingehalten werden.
- 256 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
257 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 258 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der Besatzung der Occupied
259 Palestinian Territories (OPT).
- 260 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
261 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
262 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
263 islamistische Hamas.
- 264 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
265 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

266 Abschluss

267 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
268 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
269 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
270 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die
271 Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich